ganisationen auffallend wenig zu hören. Zu tief sitzt wohl die Angst davor, als Kritiker:in der Regierung gleich zum Steigbügelhalter der Faschist:innen erklärt werden. Denn diese tummeln sich in der Querdenken-Bewegung ungestört.

Doch das wäre dringend nötig. Nur wer tiefe Illusionen in den Charakter und die Politik des deutschen Staates hegt, kann es für gut befinden, wenn im Namen der Pandemiebekämpfung nicht nur das öffentliche Leben zeitweise beschränkt wird, sondern dies auch durch Gesetzesänderungen auf Dauer festgeschrieben wird.

Corona-Politik im Interesse der Kapitalist:innen

Dieser Staat ist kein „Vater Staat“ und er wird auch nicht von unserer „Mutti“ geleitet. Die Entscheidung der Regierenden darüber, was in der Pandemie verzichtbar ist und was nicht, trägt einen klaren Klassencharakter. Oberste Priorität genießt die Aufrechterhaltung der Produktion und des Konsums, solange es eben geht. Die Ausbeutung unserer Arbeitskraft muss weitergehen.

Als verzichtbar hingegen gilt, was unser Leben erleichtert, erfreulicher und lebenswerter macht, wenn wir nach der Arbeit nach Hause kommen.

Gehört wird, wer eine laute Stimme in dieser Gesellschaft hat. Gehört wird das Geschrei und Gezeter der großen Konzerne, Unternehmen und Banken. Immerhin in die Diskussion schafft es die Situation der Gastronomie und Kulturbranche.

Nur anstandshalber erwähnt wird die unhaltbare Situation der Pfleger:innen auf unterbesetzten Stationen oder der allein erziehenden Arbeiter:innen, die auch bei geschlossenen Schulen und Kitas weiter arbeiten müssen. Ganz ausgeschwiegen wird sich bisher über die gesellschaftlichen Kollateralschäden der Krise; über die Menschen mit psychischen Erkrankungen, die nun statt Gruppentherapien in ihrer Wohnung vereinsamen.

Wer jetzt nach einem härteren Durchgreifen des Staates und „autoritären Lösungen“ ruft, der nimmt in Kauf, dass das Durchregieren mit dieser Prioritätensetzung noch schärfere Formen annimmt. Antifaschist:innen, die nach Wasserwerfereinsätzen gegen „Querdenker“ rufen, werden ein böses Erwachen erleben, wenn diese zukünftig auf sie selbst zielen.

Es gilt, die notwendige Kritik am staatlichen Krisenmanagment nicht faschistischen Rattenfänger:innen und obskuren Verschwörungstheorien zu überlassen. Es gilt den Kampf um unsere Freiheitsrechte aufzunehmen und die Lasten der Krise von den Profiteur:innen dieses Systems bezahlen zu lassen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *01511 6991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1 : Pixabay.com
Foto 2: twitter @WerHatDerGibt
Foto 3: Eigenes Foto

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 46 | Januar 2021 www.perspektive-online.net

Lockdown auf dem Rücken der Paketarbeiter:innen

- Von Tim Losowski -

Lockdown-Zeit ist Bestell-Zeit. Dem Amazon-Chef bringt das Milliarden, den Arbeiter:innen einen krummen Rücken. Doch reicht allein ein Amazon-Boykott?

„Wenn ich von der Arbeit heimkomme, bin ich tot. Dann gibt es nur noch Kühlschrank, Küche aufräumen, Badewanne und dann nichts mehr. Es ist so extrem belastend. Das kann sich niemand vorstellen.“. Das berichtet ein Arbeiter der Deutschen Post DHL Group gegenüber nordbayern.de.

Besonders die großen, schweren Pakete seien schlimm. Bis zu 31,5 Kilogramm dürfen Firmen in Pakete packen. Das hat Folgen für die Gesundheit. Nach Analysen der Barmer-Krankenkasse Berlin waren im Jahr 2020 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Branche 29,4 Tage krankgeschrieben – knapp 11 Tage mehr als der Durschnitt.

Amazon: Ausbeutung perfektioniert

Nicht nur die Paket-Bot:innen sind in der Pandemie besonders belastet, sondern auch die Arbeiter:innen im Versandhandel. Einer der größten Player ist Amazon. Über 1,2 Millionen Menschen arbeiten weltweit für den US-Konzern.

In Deutschland arbeiten derzeit rund 20.000 Menschen in den Logistik-, Verteil- und Rechenzentren, im Kundendienst, im Marketing sowie als konzerneigene Lieferant:innen.

Diese Verteilzentren sind berüchtigt für ausbeuterische Methoden: Die Toiletten sind teilweise 200 Meter vom Arbeitsplatz entfernt. Ein Effizienz-Graph geht

sofort runter, wenn ein:e Mitarbeiter:in dort hin muss. Aus britischen Amazon-Lagern wurde berichtet, dass Arbeiter:innen deshalb in Flaschen urinierten.

Profite auf dem Rücken der Angestellten

Seit April 2020 hat Jeff Bezos, Konzern-Chef und Haupt-Aktionär sein Vermögen von 113 Milliarden US-Dollar auf rund 187 Milliarden US-Dollar gesteigert. Allein mit dem Verzicht auf seine persönlichen Corona-Profite könnte er jedem Amazon-Beschäftigten einen einmaligen Bonus von rund 60.000 US-Dollar zahlen.

Doch die Realität sieht anders aus. Zwei Euro mehr bekamen Beschäftigte im März pro Stunde als „Corona-Bonus“ – doch dies wurde im Mai bereits wieder zurück genommen. Systematisch stemmt sich Amazon gegen den Abschluss von Tarifverträgen und bleibt damit bei Urlaubsgeld und Sonderzahlungen hinter dem Branchenstandart zurück.

Doch auch wenn der Corona-Bonus weg ist, gilt dies noch nicht für Corona-Gefahren. Gleich mehrere Standorte sind zu Corona-Hotspots mit hunderten Infektionen geworden.

Alles besser bei den Deutschen?

Als Schlussfolgerungen aus der Misere rief dann der CDU-Spitzenpolitiker Armin Laschet dazu auf, keine Geschenke online zu bestellen, vor allem nicht bei Konzernen, „die in Europa keinen Cent Steuern zahlen“. Ein klarer Seitenhieb Richtung Amazon. Doch sieht alles bei deutschen Unternehmen so viel besser aus?

Amazon verdiente in Deutschland im Jahr 2019 insgesamt rund 20 Milliarden Euro. Die direkt anfallenden Steuern beliefen sich nasch Schätzungen auf insgesamt 190 Millionen Euro. Klingt wenig? Die deutsche Otto Group hat laut Geschäftsbericht im Geschäftsjahr 2018/19 bei einem Umsatz von 13,6 Milliarden Euro rein auf Einkommen und Ertrag weltweit 100,7 Millionen Euro Steuern bezahlt.

Und auch was die Bezahlung der Arbeiter:innen angeht, sieht es bei den „deutschen“ Flagschiffen wie Otto und Zalando nicht besser aus. So verweigert das Hamburger Startup About You – welches zur deutschen Otto-Group gehört – und auch der Berliner Konzern Zalando ihren Beschäftigten ebenfalls einen Tarifvertrag.

Was tun? Boykott?

Das zeigt: statt bei Amazon beim „deutschen“ Otto einzukaufen ändert wenig. Boykott-Aufrufe sind nur dann sinnvoll, wenn sie mit einem gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter:innen verbunden sind – und davon gibt es nicht zu knapp!

So vernetzen sich Amazon-Beschäftigte international um mit gemeinsamen Aktionen den Konzern zu besseren Arbeitsbedingungen zu zwingen. In den USA ist es im Dezember gelungen, die erste Gewerkschaftswahl in einem US-Werk durchzusetzen. In Polen wurden Mitte Dezember über mehrere Stunden ein Amazon-Werk blockiert. Dort hat Amazon sogar Privatdetektive eingesetzt um gegen die wachsende gewerkschaftliche Organisierung vorzugehen.

Besonders besorgt sind die Konzern-Spione über eine Verbindung mit der Umweltbewegung wie Fridays for Future und dass solche Gruppen „schnell wachsen und immer mehr Menschen anziehen“. Aufbau gewerkschaftlicher Gegenmacht und Verbindung mit anderen sozialen Bewegungen – das ist also die Richtung in die unser Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf unseren Rücken gehen sollte.

Gerade in der Pandemie: Dem Staat keinen Freifahrtschein ausstellen!

- Von Paul Gerber -

Corona hat das Land fest im Griff und bietet den Regierenden die Chance, sich als Krisenmanager:innen in Szene zu setzen. Der staatlichen Politik, die den Schutz der Profite oberste Priorität einräumt, dürfen wir uns aber nicht unterordnen, sondern müssen Alternativen entwickeln.

Aufweichung der Schulpflicht, Online-Semester an Universitäten, Ausgangssperren und -beschränkungen, Restaurants, in denen Essen nur noch „to go“ verfügbar ist: Corona hat das Land für das ganze letzte Jahr in einen Ausnahmezustand versetzt.

Gestützt auf die Angst um die eigene Gesundheit und die von geliebten Menschen, wie es sie in einem großen Teil der Bevölkerung gibt, ist es der Regierung gelungen, einen großen Teil der Wähler:innen hinter sich und die Maßnahmen der Regierung zu versammeln.

Der Ausnahmezustand in der Gesellschaft bringt auch einen Ausnahmezustand in den politischen Institutionen mit sich. Die Bundesregierung wurde durch die regelmäßigen Konferenzen der Ministerpräsident:innen und der Kanzlerin als wichtigstes Gremium der Staatsgewalt abgelöst. Die Parlamente wurden über weite Strecken des letzten Jahres höchstens über die Maßnahmen informiert, während weitreichende Einschränkungen zwischen Landesregierungen und den Verfassungsgerichten ausgehandelt wurden.

Abhilfe schaffen sollte die Neuauflage des Infektionsschutzgesetzes. Doch die Gesetzesänderung Mitte November legitimiert hauptsächlich den Regierungsstil der letzten Monate im Nachhinein. Mit dem rechtlichen Konstrukt der „pandemischen Notlage“ werden dem Gesundheitsministerium weitreichende Rechte zur Lenkung des gesellschaftlichen Lebens eingeräumt.

Kritik daran ist von sozialistischen und demokratischen Or-